Hier steht eine Anzeige.

Alles, was Recht ist

Nur nach Vereinbarung

Gute Nachrichten könnte es für all jene geben, die vom Damoklesschwert der Wirtschaftlichkeitsprüfung bedroht sind. Das Sozialgericht Berlin hat jetzt die derzeitige Praxis in der Wirtschaftlichkeitsprüfung für rechtswidrig erklärt. Vor Gericht gezogen war ein Zahnarzt, gegen den nach einer Wirtschaftlichkeitsprüfung Honorarrückforderungen in Höhe von 24.000 Euro festgesetzt worden waren. Geprüft worden war der Zahnarzt mit der Methode nach Durchschnittswerten. Dabei werden die Fallkosten des geprüften Zahnarztes mit den Durchschnittsfallkosten aller Berliner Zahnärzte verglichen und dürfen diese maximal um 40 Prozent überschreiten. Bei Zahnärzten ist diese Prüfmethode hoch umstritten, doch nicht die Methode als solches fiel beim Sozialgericht durch. Die Richter beanstandeten vielmehr, dass diese Prüfmethode nicht zwischen den Kassen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) vereinbart sei – und deshalb auch nicht zur Anwendung kommen dürfe. Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig. Az. S 79 KA 327/14

sas

Nur auf eigene Kosten

Ein gesetzlich krankenversicherter Patient, der an einer Parodontitis leidet, hat keinen Anspruch auf die Kostenübernahme einer professionellen Zahnreinigung (PZR). Dies geht aus einem aktuellen Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg hervor. Geklagt hatte ein heute 46-jähriger Mann, der 31,50 Euro bei seiner Kasse wieder eintreiben wollte, die er für eine PZR an einer Universitätsklinik bezahlt hatte. Die Behandlung sei notwendig gewesen, weil sich andernfalls seine Zahnfleischentzündung verschlimmert hätte, begründete der Patient sein Ansinnen. Die Kasse lehnte die Kostenübernahme ab, da es sich bei der PZR um eine vorbeugende Maßnahme handele. Der Patient widersprach. Es folgte die Begutachtung des Mannes nach Aktenlage und die abschließende Einordnung des Gutachters, dass die PZR im Bewertungsmaßstab für Zahnärzte (BEMA) nicht beschrieben sei und dementsprechend auch nicht abgerechnet werden könne. PZR falle ausschließlich in den Bereich der Eigenvorsorge. Sowohl das Sozialgericht Freiburg in erster Instanz als auch das Berufungsgericht in Stuttgart folgten der Argumentation und wiesen die Klage des Patienten ab – der nun auch noch die Kosten des Verfahrens selbst tragen muss.

Az. L 11 KR 211/15

sas